



# HESSISCHER LANDTAG

24. 05. 2022

Plenum

## Entschließungsantrag

### Fraktion der SPD

#### **Regierungshandeln von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist ohne Perspektive für die Zukunft – ein Auswechseln des Ministerpräsidenten wird das nicht ändern**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Koalition von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht imstande ist, die politischen Impulse zu geben, die erforderlich wären, um die Zukunft unseres Landes zu gestalten. CDU und Grüne fallen vor allem dadurch auf, dass sie nicht handeln. So wird die Verantwortung immer entweder beim Bund oder den Kommunen gesucht. Die jetzige Landesregierung ist zudem die kommunalfeindlichste Regierung, die Hessen je hatte. Auch das Auswechseln des Ministerpräsidenten wird das nicht ändern.
2. Der Landtag stellt fest, dass der neue Ministerpräsident ein schweres Erbe antreten muss – mit Ministerinnen und Ministern, die schon lange hätten ausgetauscht werden müssen und die mehr durch Skandale und Affären, Pleiten, Pech und Pannen auf sich aufmerksam machen als durch Politik für die Menschen in Hessen. Besonders negativ fallen hier Noch-Ministerin Kühne-Hörmann und Innenminister Beuth auf. Der Landtag kritisiert, dass Justizministern Kühne-Hörmann vor allem durch die Korruptionsaffäre bei der Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt oder die Kostenexplosion und die jahrelangen Verzögerungen bei der Digitalisierung des hessischen Gerichtswesens und durch Aussitzen dieser Fehler bekannt ist.  

Der Landtag stellt fest, dass Innenminister Beuth als Minister schon lange nicht mehr tragbar ist. Die Liste der Skandale ist lang: Drohbriefe eines angeblichen „NSU 2.0“ und mögliche Beteiligung von Beamten der hessischen Polizei bis zur Frankfurter SEK-Affäre und rechtsextreme Chats unter Polizeibeamten, die mittlerweile eine noch größere Dimension haben. Beuth versucht, die Schuld immer wieder auf andere zu schieben. Bis heute erweckt er den Eindruck, an einer lückenlosen Aufklärung aller Begleitumstände des rassistischen Terroranschlags vom 19. Februar 2020 in Hanau nicht wirklich interessiert zu sein.

Der Landtag stellt fest, dass Finanzminister Boddenberg trotz seines vom Staatsgerichtshof festgestellten Verfassungsbruchs durch das Corona-Sondervermögen noch immer im Amt ist und er noch immer keine Verantwortung für diesen eklatanten Verstoß gegen Parlamentsrechte übernommen hat.
3. Der Hessische Landtag bedauert, dass die Landesregierung die Transformation der Arbeitswelt verschläft, die die Herausforderung unserer Zeit ist. Nur mit einer aktiven Gestaltung können Arbeitsplätze in Hessen erhalten bleiben. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum kommt nur sehr schleppend voran und die Lage auf dem Wohnungsmarkt vor allem im Ballungsraum bleibt mehr als angespannt. Die Landesregierung versäumt zudem, die Strukturen der Lebensmittelkontrollen ernsthaft zu verbessern, sodass es erst kürzlich erneut zu einem Listerien-Skandal gekommen ist. Der Ausbau der erneuerbaren Energien steht auch bei einer Landesregierung von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedauerlicherweise nicht auf den oberen Plätzen der politischen Agenda und somit wird Wertschöpfung und der Klimaschutz verpasst. Der Versuch von CDU und Grüne, der Digitalisierung, den Stellenwert zu geben, der ihr zusteht, ist gescheitert. Das Digitalministerium ist eine bessere Abteilung der Staatskanzlei, dem die Kraft fehlt, die Digitalisierung in Hessen voran zu bringen.
4. Der Landtag stellt fest, dass die hessische Politik einen Aufbruch braucht. Eine Politik, die die Sorgen und Nöte der Menschen ernstnimmt, die sich wahrhaftig für ein gerechtes und soziales Hessen einsetzt, in dem alle gut leben können, die das Gemeinwohl über das

Interesse einzelner stellt und sich mit mutigen Antworten den drängenden Fragen stellt. CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben bewiesen, dass sie es nicht können oder nicht wollen.

5. Der Landtag stellt fest, dass Hessen einen Aufbruch in der Bildungspolitik braucht. Nicht der Geldbeutel der Eltern darf über die Bildungschancen eines Kindes entscheiden, sondern die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit alle Kinder einen guten Bildungsweg gehen können. Hessen braucht multiprofessionelle Teams an allen Schulen und mehr Lehrerinnen und Lehrer, die gute Arbeitsbedingungen vorfinden sowie fair und gerecht bezahlt werden. CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben den massiven Lehrkräftemangel zu verantworten. In Hessen fehlen so viele Lehrkräfte wie noch nie. Kultusminister Lorz wird seiner Verantwortung einfach nicht gerecht. Er weiß nicht, wie viel Unterricht ausfällt, er weiß nichts über den Krankenstand seiner über 60.000 Lehrkräfte. Er lehnt es ab, überhaupt zu erfassen, wie der Sanierungs- und Modernisierungsbedarf an den hessischen Schulen ist. Der Ausbau echter Ganztagschulen, der stagniert, muss hessenweit endlich vorangetrieben und ein Konzept vorgelegt werden, wie der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für Grundschulkinder mit einer Förderung von acht Stunden täglich an fünf Tagen in der Woche realisiert werden kann. Die Sicherung und Stärkung der Berufsschulen – vor allem im ländlichen Raum – muss erfolgen. Zudem müssen die Berufsschulen dringend mit der notwendigen digitalen Infrastruktur ausgestattet werden.
5. Der Landtag stellt fest, dass Hessen einen Aufbruch in der Sozialpolitik braucht und eine Verbesserung der sozialen Infrastruktur benötigt. Die Landesregierung kann auf diese Aufgaben nicht nur mit Projekten reagieren, sondern muss endlich verlässliche, regelhafte Angebote aufbauen. Insbesondere Kinder brauchen eine gute frühkindliche Förderung und Bildung, die Beschäftigten eine Verbesserung ihrer Arbeitssituation. Wir sind es den Kindern, Eltern und vor allem den Erzieherinnen und Erziehern schuldig, dass hier schnellstmöglich gehandelt wird. Die Arbeitsbedingungen müssen umgehend verbessert und die Beschäftigten entlastet werden. Gleiches gilt für die hessischen Krankenhäuser. Seit über 20 Jahren vernachlässigt das Land seine gesetzliche Aufgabe zur Finanzierung der Investitionen in den Krankenhäusern. Dabei ist die Landesregierung im Rahmen des Sicherstellungsauftrages verpflichtet, die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen zu gewährleisten.
7. Der Landtag stellt fest, dass Hessen einen Aufbruch in der Strukturpolitik braucht und die Infrastruktur im ländlichen Raum besser ausgebaut werden muss. Der ländliche Raum benötigt ein gutes Kita-Angebot, die flächendeckende Versorgung mit Glasfasernetz/Breitbandinternet, die Verbesserung des Angebots und der Qualität des ÖPNV und des Zustands der Landesstraßen. Die Schaffung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss Maxime der Landesregierung sein. CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN dürfen den ländlichen Raum nicht abhängen, sondern müssen ihn weiterentwickeln und hierfür Hemmnisse schnellstmöglich beseitigen.

Wiesbaden, 24. Mai 2022

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Günter Rudolph**